TAGESPOLITIK

So wie bisher kann es nicht weitergehen! Eine persönlich-feministische Perspektive auf die linke Initiative Aufbruch

SONJA LUKSIK

Anfang Juni trafen sich über 1000 Interessierte in einer ehemaligen Fabrik in Wien-Liesing, um laut und entschlossen zu sagen: So wie bisher kann es nicht weitergehen! Es können nicht weiterhin wenige Reiche über Vermögen und Ressourcen verfügen, während der Großteil der Menschen für einen Lohn arbeitet, mit dem man eher schlecht als recht auskommt. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen ausgebeutet und gleichzeitig erkämpfte soziale Rechte und Errungenschaften abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass sich Migrant_innen, Flüchtlinge und LGBTQIs tagtäglich gegen Gewalt in Form von Rassismus, Sexismus und Homophobie wehren müssen. Eines ist klar: Das gute Leben für alle sieht anders aus!

Was bisher geschah...

In den Monaten vor der Aktionskonferenz fanden sich Menschen aus unterschiedlichen Gruppen und Initiativen zusammen, um ein neues politisches Projekt – die Initiative Aufbruch (www.aufbruch.or.at) – zu entwickeln und die Konferenz zu planen. Zum ersten Treffen luden Redakteur_innen des mosaik-Blog ein. Sie sahen die Notwendigkeit, linke Kräfte in Österreich zu bündeln, um handlungsfähiger zu werden. Am 3./4. Juni 2016 fand schließlich die erste Aufbruch-Aktionskonferenz und damit eine der größten linken Konferenzen der letzten Jahre in Österreich statt. Unter dem Slogan „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ stellten Aktivist_innen eine Organisierungskampagne vor, die möglichst viele Menschen in die gemeinsame Arbeit einbinden soll. In den kommenden Monaten liegen die thematischen Schwerpunkte auf Arbeit, Wohnen, Mobilität sowie Gesundheit.
Seit der Konferenz treffen sich Aktivist_innen regelmäßig in lokalen Gruppen in fast allen Bundesländern. Gleichzeitig wurden Themengruppen und Organisationsgruppen gegründet, welche sich der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung von Aufbruch widmen. Vor allem die bundesweite Zusammenarbeit ist eine Herausforderung und darf nicht aus dem Blick geraten, schließlich zeichnet sich Aufbruch gerade durch Gruppentreffen in kleineren Städten in verschiedenen Bundesländern aus. Das Wissen und die Erfahrungen von Aufbruch-Aktivist_innen in diesen Regionen sind besonders wichtig, da sie politische Gruppen dort verankern, wo es bisher keine oder wenig linke Strukturen gab. Als Aktivistin bei Aufbruch lege ich hier

einige Gedanken dar, inwiefern feministische Perspektiven und Anliegen im Projekt Platz finden (müssen). Ich behandle im Folgenden die Frage nach feministischen Zugängen zu politischer Arbeit, nach möglichen Themen und Forderungen sowie nach Herausforderungen an Arbeitsweisen.

Feminismus zum Thema machen!

Auch wenn die inhaltlichen Schwerpunkte noch nicht ausformuliert sind, muss eines bereits jetzt klar sein: Feministische Forderungen müssen grundlegender Bestandteil von Aufbruch sein! Wer Geschlechterverhältnisse aus Gesellschaftsanalysen ausblendet, verpasst unweigerlich die Einsatzpunkte für eine systematische gesellschaftliche Transformation – ist der Kapitalismus doch wesentlich über vergeschlechtlichte Arbeitsteilung strukturiert.
Auch wenn die Aufbruch-Kampagne noch vieles offen lässt und sich die Arbeit auch danach richten wird, für welche Themen sich Aktivist_innen in lokalen Gruppen interessieren, muss ebenso klar sein, dass diese Interessen nicht im luftleeren Raum entstehen. Wenn ich an Entscheidungen bei Gruppentreffen in den einzelnen Städten und Bezirken denke, stellen sich mir die Fragen: Wer setzt sich womit durch? Welche Erfahrungen zählen wie viel? Was gilt als politisch, was als unpolitisch? Die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre, ein altes feministisches Thema, kommt mir dabei sofort in den Kopf. Oft gilt als am meisten politisch, wer möglichst wenig Persönliches einbringt. Soll heißen: Frauen machen in der Arbeit, in der Schule, an der Universität, auf der Straße und in den eigenen vier Wänden Erfahrungen, die höchst politisch sind. In unserer Gesellschaft werden diese Erfahrungen aber zumeist weder als Wissen anerkannt noch als Ausgangspunkt für politische Kämpfe betrachtet. Vieles bleibt also, auch in der Linken, unsagbar oder wird ins Private abgeschoben.
Der Handlungsauftrag für uns Aufbruch-Aktivist_innen liegt nun darin, Räume für feministisches Wissen zu öffnen. Praktisch kann dies bedeuten, dass sich Themengruppen mit der Ausarbeitung feministischer Forderungen beschäftigen oder dass von lokalen Gruppen eingefordert wird, Feminismus zum Thema zu machen. Zum Beispiel könnten sich lokale Gruppen einen Abend lang die Fragen stellen: Inwiefern sind in meinem Bezirk feministische Themen relevant? Welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen betreffen Frauen anders als Männer? Warum ist mein Alltag politisch? Auch jene Arbeitsgruppe, welche sich mit interner Weiterbildung beschäftigt, muss feministische Fragen ganz oben auf ihrer Agenda haben. Natürlich muss auch der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Kampagnenschwerpunkte Arbeit, Wohnen, Mobilität sowie Gesundheit feministisch ausformuliert werden können. Sie sind thematisch eng miteinander verknüpft und bieten viel Spielraum für feministische Forderungen.

Feministische Forderungen: Es gibt genug!

Arbeit, Wohnen, Mobilität und Gesundheit sind zweifelsohne brisante, aktuelle Themen, die für Feminist_innen von großem Interesse sind. Vergeschlechtlichte Arbeitsteilung hat zur Folge, dass Frauen vermehrt in schlecht bezahlten, aytpischen oder prekarisierten Jobs arbeiten. Wenn man darüber jubelt, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist, muss man genauer hinsehen und sich die Frage stellen, in welchen Jobs Frauen Arbeit finden. Oft arbeiten Frauen Teilzeit, übernehmen unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit und müssen später mit einer skandalös niedrigen Pension ihr Dasein fristen. Von ihren Töchtern, anderen weiblichen Verwandten oder migrantischen Pflegerinnen werden sie im Alter gepflegt, private Luxuspensionsheime kennen sie nur von außen. Migrantinnen kommen hingegen mit der Hoffnung auf bessere Jobs nach Österreich, um schließlich in schlecht bezahlten, „typisch weiblichen" Branchen zu landen. Rassistische und bürokratische Hürden zwingen sie oft in illegalisierte Arbeitsverhältnisse.
Zuallererst brauchen wir gute Arbeit für Frauen. Das bedeutet: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Allerdings macht eine Arbeitszeitverkürzung ohne eine gleichzeitige grundlegende Neuverteilung von Arbeit, sowohl in ihrer entlohnten als auch in ihrer unbezahlten Form, aus feministischer Sicht wenig Sinn. Für geflüchtete Frauen ist ein rascher Zugang zum Arbeitsmarkt wichtig, um in Österreich ein Leben in Würde beginnen zu können. Finanzielle Abhängigkeiten von (Ehe-)Männern gibt es noch immer viel zu oft. Das hat neben dem Einkommen in Erwerbsjahren von Frauen auch wesentlich mit der erwarteten niedrigen Pension zu tun. Um dem vorzubeugen, braucht es eine Mindestpension, die unabhängig von jener des Ehepartners ausbezahlt wird. Bei monetären Sozialleistungen muss endlich das Individualeinkommen statt das Haushaltseinkommen zur Berechnung herangezogen werden. Wesentlich für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Frauen ist außerdem eine flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung, vor allem für Kinder unter drei Jahren. Insbesondere am Land bedarf es eines massiven Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen genauso wie von Ganztagsschulen. Unter den Themenbereich Gesundheit fällt für mich auch die Forderung nach einem flächendeckenden und kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungen.
In Österreich leben überdurchschnittlich viele Alleinerzieherinnen in Armut, sie trifft die Kürzung von Sozialleistungen besonders hart. Wenn beispielsweise die Kürzung der Mindestsicherung geplant ist, müssen wir Aufbruch-Aktivist_innen ganz klar Widerstand leisten und deutlich machen, dass ein Großteil der Mindestsicherungsbezieher_innen arbeitet, aber nicht genug verdient, um monatlich anfallende Kosten bezahlen zu können. „Schmarotzer_innen" sind nicht Mindestsicherungsbezieher_innen, die ihr mickriges Gehalt aufgestockt bekommen, sondern Unternehmer_innen, die ihren Arbeiter_innen nicht genug bezahlen. Um ein Altern in Würde für alleinstehende Frauen zu ermöglichen, braucht es leistbaren Wohnraum und öffent-

lich finanzierte Pensionist_innenheime. Die zahlreichen privaten Heime, die in den letzten Jahren entstanden sind, ziehen Profit aus Bedürfnissen von älteren Menschen und sollten in staatliche bzw. kollektiv verwaltete Wohnheime umgewandelt werden. Auch die Qualität dieser Wohnheime bzw. von Pflege im Allgemeinen sollte nicht unberücksichtigt bleiben. Hier braucht es ein gesellschaftliches, aber auch finanzielles Umdenken und entsprechendes Handeln. Wir müssen für eine Pflege kämpfen, die sowohl Patient_innen als auch Pfleger_innen ein Altern und Arbeiten in Würde ermöglicht. In Österreich ist die 24-Stunden-Pflege weit verbreitet. Dabei verrichten Pflegerinnen aus anderen Ländern, meist aus Osteuropa, schlecht bezahlte und körperlich anstrengende bis unzumutbare Arbeit. Aufgrund der Wohnsituation stehen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Kund_innen, gewerkschaftliche Organisierung ist schwierig. Wir müssen Alternativen für eine Neuorganisierung von Pflegearbeit finden – darin liegt eine der zentralen feministischen Herausforderungen. Aufgrund globaler Betreuungsketten reicht der Blick auf Österreich nicht, sondern wir müssen internationale Verhältnisse in unsere Analysen und Kämpfe miteinbeziehen.

Seien wir nützlich und politisieren wir unseren Alltag!

In den letzten Wochen und Monaten hörte ich bei Aufbruch-Treffen oft den Begriff der „nützlichen Linken". Damit ist gemeint, dass die politische Arbeit der Linken einen unmittelbaren Nutzen für zu erreichende Menschen haben muss. Oft habe ich das Gefühl, dass Nutzen als etwas verstanden wird, was erst nach den Aktionen von Aufbruch gemessen werden kann – er also Ergebnis von Politik für Außenstehende ist. Ich würde hingegen sagen, dass er Voraussetzung für den Erfolg des gesamten Projekts ist. Nur wenn Aufbruch für uns Aktivist_innen nützlich ist, können wir längerfristig miteinander arbeiten.
Betrachten wir uns nicht als außerhalb der Gesellschaft stehend oder als Moralist_innen, die anderen den Nutzen einer Aufbruch-Kampagne erklären. Tragen wir unsere Kämpfe, die wir tagtäglich führen, in Aufbruch hinein und seien wir neugierig auf und solidarisch mit jenen Kämpfen, die unsere Mitstreiter_innen führen. Es wird notgedrungen auch Kämpfe innerhalb von Aufbruch über zu behandelnde Themen, Arbeitsweisen etc. geben – und ja: Es wird auch Kämpfe darüber geben, welchen Stellenwert feministische Forderungen bekommen sollen. Politisieren wir unseren Alltag, unsere Arbeits- und Lebensweise und entwickeln Forderungen, die für uns im Bezirk, im Freund_innenkreis und am Arbeitsplatz von Relevanz sind. Stellen wir die Frage nach dem guten Leben auch im Privaten.
Um mich politisch zu engagieren, möchte ich klar vor Augen haben, inwiefern ein Projekt dazu beiträgt, dass sich mein Leben verbessert. Mein Leben als Enkelin einer von vielen Frauen, die jahrzehntelang Schwerstarbeit verrichtete, sich die Knie wundscheuerte beim Marmorfußbodenschrubben in einer Währinger Villa. Mein Leben als Tochter eines Vaters, der als Erster in der Familie studieren konnte, (dem

ehemaligen sozialdemokratischen österreichischen Bundeskanzler) Bruno Kreisky für immer dankbar ist, auch wenn er den Inzersdorfer Dosenfraß seiner Studienzeit nicht mehr riechen kann. Mein Leben als Frau, die das alles nicht noch einmal durchmachen will. Das Private war nie politischer als heute! So wie bisher kann es nicht weitergehen!

Gleichstellung von Frauen und Männern – Gedanken und Einschätzung zur Politik Sachsen-Anhalts

UTE WANZEK

Sachsen-Anhalt hat 2016 gewählt. Erstmals und neu in der Geschichte der Bundesrepublik haben drei demokratische Parteien, CDU, SPD und Bündnis90/Grüne gemeinsam Regierungsverantwortung übernommen. Diese Konstellation entstand als Folge und Antwort auf massiv vorgebrachte rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe auf die Politik der demokratischen Parteien insbesondere durch die AfD. Diese konnte ein Wahlergebnis von 24,2% der Stimmen erreichen und wurde damit zweitstärkste Kraft.

Diesem Ergebnis galt es nun ein Regierungsprogramm entgegenzusetzen, das darauf setzt, demokratische Werte zu sichern, weiterzuentwickeln, Bürger*inneninteressen wahr- und ernst zu nehmen und zum Gegenstand aktiver Politik zu machen. So heißt es in der Präambel des Koalitionsvertrages: „Unsere Demokratie lebt vom Respekt vor demokratischen Grundrechten und davon, dass Bürgerinnen und Bürger sich an Entscheidungen beteiligen und diese nachvollziehen können. Deshalb wollen wir Partizipation und Transparenz weiter stärken. Freiheit ist für uns ein Grundwert. Aus ihr erwächst für uns die bleibende Verpflichtung, die Menschenrechte und die Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft entschlossen gegen populistische Stimmungsmache und ideologische Hetze zu verteidigen. Für menschenverachtende Parolen und diffamierende Angriffe auf die Demokratie darf es keinen Raum geben“.[1] Und weiter wird versichert, dass das Regierungsprogramm für 2016-2021 die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Sachsen-Anhalt in den Mittelpunkt stellt. Es sollen wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zum Wohle der Menschen im Land miteinander verbunden werden.

Warum ist es wichtig, diese Bekenntnisse hier an den Anfang der Einschätzung zur Politik Sachsen-Anhalts zur Gleichstellung von Frauen und Männern zu stellen? Schließlich könnte man vermuten, dass in politisch angespannten Zeiten die Geschlechtergleichstellung häufig als nachrangiges oder zusätzliches Ziel behandelt wird. Dies ist jedoch nicht der Fall in Sachsen-Anhalt. Geschlechtergleichstellung steht weiterhin auf der politischen Agenda. Alle gleichstellungspolitischen Pro-